

E1-Beschluss Für ein ökologisches, solidarisches und gerechtes Europa! #jugendaenderteuropa

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Europawahl 2019

Antragstext

27 Die wohl wichtigste Europawahl aller Zeiten steht unmittelbar bevor. Nie zuvor
28 drohten rechte Parteien im EU-Parlament so stark zu werden und die pro-
29 europäische Mehrheit im Parlament, die seit 30 Jahren die Interessen der
30 Bürger*innen gegen die nationalen Regierungen verteidigt, zu kippen. Doch die
31 Existenz der EU wird nicht nur von einer erstarkten AfD in Frage gestellt. Doch
32 durch eine fortschreitende Renationalisierung der Mitgliedstaaten, welche einem
33 progressiven Aufbruch im Wege steht, wird die EU dieses Potential dauerhaft
34 nicht ausschöpfen können.

35 Die Europäische Union steht mit der Europawahl 2019 einer lange nicht mehr
36 dagewesenen Richtungsentscheidung gegenüber.

37 Statt Europa schönzureden, werden wir es in diesem Wahlkampf betrachten, wie es
38 ist:

39 Die Europäische Union bietet als größtes Friedensprojekt in der Geschichte der
40 Menschheit die Basis für ein solidarisches, ökologisches, demokratisches und
41 vielfältiges Zusammenleben.

42 Für uns ist klar: Um dieses Potential auszuschöpfen brauchen wir die politische
43 Einheit Europas. Gerade vor und während der Europawahl müssen wir dies
44 anerkennen und offensiv für ein starkes Europa werben.

45 Die Frage "Europäische Union - ja oder nein?" dominiert viele Debatten vor der
46 Wahl. Die bisherige Antwort der Konservativen und Liberalen ist ein unkritischer
47 EU-Patriotismus mit dem Ziel, den Status quo zu erhalten. Doch der Status Quo in
48 der EU ist nicht alternativlos. Für uns geht es bei dieser Wahl nicht nur um die
49 Frage "Wollen wir die EU?", sondern insbesondere um die Frage "Welche EU wollen
50 wir haben?"

Wir schaffen Perspektiven für unsere Generation!

52 Viele Unternehmen versuchen, die europäischen Staaten, zum Beispiel bei
53 Arbeitsstandards, gegeneinander auszuspielen. Statt Kooperationen miteinander
54 sehen wir uns einer Abwärtsspirale gegenüber, bei dem derjenige Staat meint zu
55 gewinnen, der die niedrigsten Löhne zulässt. Diese Entwicklung hat fatale
56 Auswirkungen auf die Arbeitnehmer*innenrechte.

57 Doch nicht nur zwischen Staaten wird ein Wettbewerb um die tiefsten Löhne
58 geführt. In Deutschland werden gerade in einigen Branchen, zum Beispiel in der
59 Logistikbranche, deutsche Arbeitnehmer*innen gegen Arbeitnehmer*innen aus dem
60 EU-Ausland, meist aus Osteuropa, ausgespielt. Oft werden diese über
61 Subunternehmen eingestellt und so Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten umgangen
62 und die Menschen ausgebeutet.

63 Dem müssen wir ein Ende setzen! Die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher die
64 Einführung eines EU-weiten Mindestlohns, der sich an den wirtschaftlichen
65 Kennziffern des Mitgliedstaats ausrichtet, in dem der Einsatzort liegt.

66 Von niedrigen, teils sogar fehlenden Löhnen sind gerade junge Menschen in vielen
67 Teilen Europas betroffen.

68 Knapp 40% der Jugendlichen in Griechenland und je ein Drittel in Spanien und
69 Italien findet keine Arbeit. Auch in Deutschland hangeln sich viele junge
70 Menschen von einem unbezahlten Praktikum ins nächste. Um jungen Menschen auch
71 kurzfristig bessere Zukunftsperspektiven bieten zu können, fordern wir daher
72 eine europaweite Jugendgarantie, die wirklich wirkt und jungen Menschen in ganz
73 Europa zeitnah eine Arbeit oder eine Ausbildung vermittelt.

74 Um Perspektiven zu schaffen müssen wir gesamteuropäisch die Ausbildung
75 harmonisieren und stärken. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass eine europäische
76 Ausbildungsumlage geschaffen wird, mit der große Unternehmen, die nicht
77 ausbilden, kleinere Unternehmen fördern müssen, die zwar ausbilden wollen,
78 finanziell aber nicht in der Lage dazu sind.

79 Wir setzen uns weiterhin für ein Erasmus für alle ein, denn europäischer
80 Austausch darf nicht einer Akademiker*innenelite vorbehalten bleiben.

81 Auszubildende sollten genauso wie Studierende gefördert werden, wenn sie ihre
82 Ausbildung im europäischen Ausland absolvieren. Zudem braucht es eine
83 europaweite Berufsausbildungsbeihilfe.

84 Um nicht nur jungen Menschen, sondern allen eine Perspektive zu bieten, müssen
85 wir diejenige Politik angreifen, die ihnen ihre Zukunft gestohlen hat: Das
86 Spardiktat. Die aufgezwungene Sparpolitik hat vielen Staaten Südeuropas nicht
87 geholfen, im Gegenteil: Die Lebensumstände vieler Menschen haben sich
88 verschlechtert. Sie leiden unter massiver Arbeitslosigkeit einerseits und
89 fehlender Sozialleistungen andererseits. So wird ihnen jede Zukunftsperspektive
90 geraubt. Die Austeritätspolitik hatte ihre Chance und ist gescheitert, es wird
91 Zeit für einen neuen Ansatz.

92 Die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung eingefädelt Austeritätspolitik
93 der EU muss überwunden werden. Stattdessen müssen wir wieder hin zu mehr
94 Investitionen, z.B. in Infrastruktur, Bildung und die Sozialsysteme, um vielen
95 Millionen Menschen wieder ihre Zukunft zurückgeben zu können.

96 Die Politik der letzten Jahre war bestimmt von sozialer Kälte. Das Einfrieren
97 der Sozialsysteme ist ein gesamteuropäischer Trend, im Süden und Osten bedingt
98 durch die Sparpolitik, im Norden und Westen durch konservative Regierungen. Doch

99 müssen wir jetzt daran erinnern, was einst Europas Versprechen war: Die
100 Solidarität. Und dieses Versprechen muss eingelöst werden.

101 Denn gerade die soziale Kälte der letzten Jahre ist eine handfeste Bedrohung für
102 den Fortbestand der EU. Damit sich nicht noch mehr Menschen den Rechten zuwenden
103 und sich allgemein das Leben vieler Menschen massiv verbessern kann, brauchen
104 wir eine gemeinsame und solidarische Sozialunion.

105 Eine Union, die zwar einen einzigen Wirtschaftsmarkt hat, in dem sich
106 Arbeitnehmer*innen frei bewegen können und teils müssen, die aber 28
107 grundverschiedene Sozialsysteme hat, kann sich nicht adäquat um alle Menschen
108 kümmern.

109 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher die Vereinheitlichung der europäischen
110 Sozialsysteme und eine gemeinsame europäische Sozial-, Arbeitslosen, Kranken-
111 und Pflegeversicherung, die finanziell hinreichend ausgestattet sind, um sich um
112 alle Menschen in der EU zu kümmern.

113 **Wir beenden das Sterben im Mittelmeer!**

114 Im aktuellen Diskurs wird Geflüchteten oft die Individualität abgesprochen.
115 Zusätzlich verhindert die aktuelle Politik, dass Menschen hier Zuflucht finden
116 und eine Zukunft haben können. Es ist klar, dass die Gründe für die Flucht
117 vielfältig sind und jeder Grund legitim ist.

118 Doch anstatt Geflüchteten zu helfen, setzen die EU-Mitgliedsstaaten auf
119 Abschottung und Repression. Nach außen riegelt sich die Europäische Union ab,
120 versteckt sich hinter Stacheldraht und Mauern und versperrt mit ihrer
121 Grenzschutzagentur Frontex fliehenden Menschen die Einreise in die EU.

122 Die einzige Alternative zur Balkanroute scheint das Mittelmeer zu sein.
123 Geflüchtete zahlen Schleppern oft mehrere tausend Euro, um auf überfüllten
124 Schlauchbooten das Mittelmeer zu überqueren. Bei dem Versuch so nach Europa zu
125 gelangen, sind alleine in den letzten fünf Jahren knapp 18.000 Menschen ums
126 Leben gekommen.

127 Um die Menschen an ihrer Einreise zu hindern, ist der EU kein Mittel zu schade.
128 So finanziert sie beispielsweise die sog. libysche Küstenwache, die die Boote,
129 die von Libyen aus in Richtung Europa starten unter massiver Gewaltanwendungen
130 nach Libyen zurückzwingt, in ein Land, in dem Geflüchtete in Lager kommen, in
131 denen Misshandlungen, Folter und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind. Die
132 menschenverachtende Zusammenarbeit mit libyschen Milizen verurteilen wir aufs
133 schärfste.

134 Um das Sterben an Europas Außengrenzen zu beenden und unsere Verantwortung
135 endlich ernst zu nehmen, fordern wir humanitäre Visa, die Geflüchtete beantragen
136 können, um anschließend legal und vor allem sicher in die EU einzureisen.

137 Und statt die flüchtenden Menschen zu bekämpfen, müssen wir vielmehr die
138 Ursachen bekämpfen, die die Flucht erst nötig machen. Und das können wir nur

139 über einen radikalen Wandel in unserer Außen-, Klima- und Wirtschafts- und
140 Handelspolitik.

141 Wir stehen dafür ein, jeden Menschen, der in die EU kommen möchte, hier
142 aufzunehmen und eine echte Bleibeperspektive zu bieten. Damit das gut gelingt,
143 fordern wir das Ende der Dublin III-Verordnung und die sofortige Möglichkeit in
144 ein Arbeitsverhältnis eintreten zu können.

145 **Wir machen die EU zur Klimaschutzvorreiterin!**

146 Die Klimakrise ist für Millionen von Menschen im globalen Süden schon heute
147 grausame Realität. Auf der Verursacherseite hält der globale Norden seit
148 Jahrzehnten seine Klimaschutzzusagen nicht ein. Wir rasen ungebremst auf
149 mindestens vier Grad Celsius Erwärmung zu und uns bleiben maximal 12 Jahre Zeit,
150 um das Ruder herumzureißen. Es wird Zeit, dass Europa seiner Verantwortung
151 gerecht wird denn die Antwort auf die Klimakrise muss international sein.

152 Wir beenden das Zeitalter der Kohle in Europa!

153 Erster Ansatzpunkt ist ein sofortiger europaweiter Ausstieg aus der
154 Kohleverstromung. Deutschland kommt als Kohleweltmeister hier eine besondere
155 Verantwortung zu. In Nordrhein-Westfalen muss der Auftakt für eine
156 Entkarbonisierung der europäischen Stromversorgung erfolgen. Die nationalen,
157 veralteten Stromnetze müssen zu einem europäischen Smart Grid umgebaut werden,
158 welches die europäische Energiewende, weg von Kohle und Atom und hin zu 100%
159 erneuerbaren Energien, bis 2030 ermöglicht.

160 Grenzüberschreitendes Reisen innerhalb der EU ist ökologisch meist nur mit dem
161 Fernbus möglich. Wer die vergleichsweise langen Reisezeiten scheut, greift eher
162 auf PKWs oder preisgünstige Flüge zurück. Der Modal Split der Eisenbahn bei
163 grenzüberschreitenden Reisen ist verschwindend gering. Es gibt nur wenige
164 grenzüberschreitende Verbindungen, viele Strecken kann man nicht mit einem
165 Ticket buchen und wenn doch, ist dieses viel zu oft deutlich teurer als ein
166 Flug.

167 Bislang ist im Verkehrssektor der Klimaschutz nicht angekommen. Flüge müssen
168 unattraktiver werden, sie dürfen nicht mehr von der Mehrwertsteuer befreit sein.
169 Zudem braucht es europaweit eine Kerosin- sowie eine CO2-Steuer. Gleichzeitig
170 muss ein integriertes europäisches Fernverkehrsnetz aus Zügen und Fernbussen in
171 einem integrierten Taktfahrplan europaweites und bezahlbares Reisen als
172 Alternative aufgebaut werden.

173 Den zweitgrößte Haushaltsposten der EU stellen die Agrarsubventionen dar.
174 Aktuell befeuern die Förderungskriterien jedoch den Trend zu immer größeren
175 konventionellen Betrieben. Die Förderung der Intensivierung der Landwirtschaft
176 führt zu steigenden Treibhausgasen im Agrarsektor, durch Überdüngung wird die
177 Grundwasserqualität belastet und der steigende Einsatz von Pestiziden gefährdet
178 massiv die Artenvielfalt.

179 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, Agrarsubventionen der Europäischen Union nach
180 ökologischen Gesichtspunkten zu vergeben. Der Agrarsektor muss seinen Anteil zum

181 Klimaschutz sowie zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen.

182 Die Europäische Union wird ihrer klimapolitischen Verantwortung jedoch nicht
183 allein dadurch gerecht, die nötige Reduktion des CO₂-Ausstoßes endlich
184 umzusetzen. Schon heute bedroht die Klimakrise massiv die Existenz vieler
185 Menschen im globalen Süden und die Auswirkungen der Klimakrise führen vermehrt
186 dazu, dass Menschen fliehen müssen. Historisch betrachtet sind die westlichen
187 Industriestaaten die Hauptverursacher von Treibhausgasen. Deshalb muss die EU
188 Klimafliehenden eine würdevolle Migration ermöglichen.

189 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Einführung eines Klimapasses, mit dem Menschen,
190 die durch die Auswirkungen der Klimakrise nicht mehr in ihrem Herkunftsland
191 leben können, eine europäische Staatsbürgerschaft erhalten.

192 Eine ökologisch-solidarische Politik in der Europäischen Union ist die
193 Voraussetzung dafür, dem fortschreitenden Nationalismus erfolgreich
194 entgegentreten zu können. Solange jedoch Grenzen spürbar sind, werden sie auch
195 nicht aus den Köpfen verschwinden.

196 **Wir streichen das "Grenz-" aus Grenzregion!**

197 Der Fall der Schlagbäume gilt zurecht als eine der größten Errungenschaften der
198 Europäischen Union. In den letzten Monaten und Jahren wurde dies den Millionen
199 von Menschen, die in Grenznähe leben, vor Augen geführt, als viele Staaten
200 Grenzkontrollen übergangsweise wieder eingeführt haben. Wir fordern alle Staaten
201 in der EU auf, das Schengen-Abkommen einzuhalten und nicht Symbolpolitik auf dem
202 Rücken derer zu betreiben, die die Europäische Einheit jeden Tag leben.

203 Wahr ist aber auch: In der Praxis kommen viel zu oft nur jene in den Genuss
204 dieser Freizügigkeit, die Zugriff auf ein Auto haben oder sehr gut zu Fuß sind.
205 Nutzer*innen des ÖPNV müssen sich hingegen mit Linien, die an der Landesgrenze
206 enden, Tarifchaos, überteuerten Übergangs-Tickets und unabgestimmten Fahrplänen
207 herumschlagen.

208 Wir fordern eine euregionale Synchronisierung der Fahrpläne, eine integrierte
209 euregionale Planung des ÖPNV, die Daseinsvorsorge europäisch denkt. Zudem müssen
210 Tarife grenzübergreifende Wirksamkeit erhalten, bis wir europaweit
211 flächendeckend den ticketlosen öffentlichen Nachverkehr durchgesetzt haben.

212 Unterschiedliche Rechtslagen innerhalb der EU machen sich aktuell insbesondere
213 große Unternehmen zu Nutzen, um Menschen auszubeuten oder Steuern zu sparen.
214 Diesen Zustand können wir nicht hinnehmen und fordern ein europäisches
215 Steuersystem, um der aktuellen Steuervermeidungspraxis entgegen zu wirken.
216 Desweiteren fordern wir die Freigabe von Cannabisimporten aus den Niederlanden
217 für den Eigenbedarf, damit alle volljährigen Europäer*innen
218 kurzfristig Zugriff zu unbelastetem Marihuana haben, um sich von den Zwängen den
219 Zwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft zu erholen.

220 Im kommenden Europawahlkampf werden wir die Politik der Europäische Union nicht
221 unreflektiert verteidigen, aber wir werden klar machen, dass die Antworten für
222 die größten Herausforderungen unserer Zeit nur transnational sein können. Auch

223 wenn aktuell ein weiterer Rechtsruck im Europäischen Parlament unabwendbar
224 scheint, stecken wir den Kopf nicht in den Sand. Mit einer klaren
225 Veränderungsbotschaft werden wir das europäische Projekt verteidigen. Die EU ist
226 die größte Chance für eine ökologisch-solidarische Politikwende, die Europa je
227 hatte. Für diese Chance werden wir kämpfen!